

10 Anträge (schriftlich)

10.1 Neugestaltung ORF-Park

(GR. Mag. Spath, GRⁱⁿ Potzinger und GR. Stöckler, ÖVP)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Stadt Graz hat das Areal des ORF-Parks auf Jahrzehnte gepachtet, um dort für die Bewohner/innen von rund 100 neuerrichteten Wohnungen eine umweltfreundliche und familienfreundliche Naherholung garantieren zu können. Mit der Neugestaltung wurde im vergangenen Sommer begonnen. Im Herbst wurden bereits Obstbäume gepflanzt, Spazierwege neu angelegt und eine Durchwegung zwischen Gerhart-Hauptmann-Gasse und Nußbaumerstraße geschaffen. Im heurigen Frühjahr wurde der Platz für ein gemeinsames Gärtnern vorbereitet. Auf Anregung des Bezirkrates und dessen Mithilfe sollen weitere Gestaltungselemente folgen. So sollen für bewegungsbegeisterte Besucher Motorikgeräte aufgestellt, ein paar Schatten spendende Bäume im Areal der Hundewiese gepflanzt, ein Trinkbrunnen und ein WC errichtet werden. Vorteilhaft wäre es, auf kurzem Wege den Synergieeffekt zu nutzen und gleichzeitig auch, unter Einbeziehung des St.-Peter-Bezirksrates, die weiteren angedachten Investitionen rasch umzusetzen.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stellen wir den

Antrag,

der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen,
dass im Zuge der Neugestaltung des ORF-Parks die im Motivenbericht angeführten weiteren Maßnahmen vonseiten der zuständigen Abteilungen der Stadt Graz bzw. der GBG rasch und auf kurzem Wege umgesetzt werden.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.2 Auflösung MUM2030+ GmbH
(GR. Eber, KPÖ)**

Vor nunmehr knapp einem Jahr wurde die Gesellschaft „Moderne Urbane Mobilität 2030+“ (MUM2030) von der Holding Graz ins Leben gerufen. Beschlossen wurde dies vom Aufsichtsrat der Holding Graz ohne Abstimmung mit der zuständigen Fachabteilung oder dem Kontrollgremium, wie auch der Stadtrechnungshof in seinem Bericht „Steuerung des öffentlichen Personennahverkehrs in Graz“ vom Februar 2020 feststellte.

Weiters hält der Stadtrechnungshof in seinem Bericht fest, „dass aus dem Wirtschaftsplan“ (der Holding Graz) „nicht hervorgeht, dass 1 Million Euro für eine zu gründende Gesellschaft beinhaltet waren. (...) und in diesem Detaillierungsgrad dem Gemeinderat nicht vorlag.“

Wichtig und notwendig sind Infrastrukturmaßnahmen im öffentlichen Verkehr ebenso wie kleinere Maßnahmen: Der Ausbau des Schienennetzes für die Straßenbahn, die Schaffung neuer Busspuren, Taktverdichtungen und die Verbesserung der Betriebszeiten müssen Priorität haben.

Zur Vermeidung von Parallelstrukturen, wobei eine Struktur an den zuständigen Stellen und dem Gemeinderat vorbei geschaffen wurde, stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die Gesellschaft „Moderne urbane Mobilität 2030+ (MUM2030)“ wird in dieser Form aufgelöst und ihre Aufgaben mitsamt der notwendigen finanziellen sowie personellen Ressourcen dem Amt für Verkehrsplanung übertragen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.3 Öffi-Tariferhöhung aussetzen
(GR. Eber, KPÖ)**

Am 1. Juli 2020 sollen die Tarife für den öffentlichen Verkehr erneut angehoben werden. Der Steirische Verkehrsverbund sieht eine Verteuerung der Jahreskarte um siebzehn Euro auf nunmehr € 473,- vor, ebenso werden alle anderen Tickets mit Ausnahme der Stunden- und der 24-Stunden-Karte teurer.

Auch die Jahreskarte Graz ist von der Tariferhöhung betroffen, sie verteuert sich überdurchschnittlich von € 281,- auf € 298,-. Diese mehr als sechsprozentige Erhöhung ist dadurch bedingt, dass die Zuzahlung durch die Stadt Graz mit € 175,- seit Jahren gleich bleibt. Leider sind bisherige Versuche, die Zuzahlung zu erhöhen, gescheitert. Gleichzeitig sind viele Menschen durch die Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Coronavirus von Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Einkommensverlusten betroffen. Gerade diese Gruppen sind aber oftmals auf einen guten und leistbaren öffentlichen Verkehr angewiesen. Daher ist es gut und wichtig, dass die Jahreskarte Graz einmalig um 10 % vergünstigt angeboten wird. Darüber hinaus braucht es aber eine generelle verstärkte Stützung der Tarife des öffentlichen Verkehrs in der Steiermark.

Daher stelle ich namens des KPÖ Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, Gespräche mit dem Land Steiermark und dem Verkehrsverbund Steiermark aufzunehmen. Ziel dieser Gespräche ist es, die Tariferhöhungen im Bereich des öffentlichen Verkehrs, die mit 1. Juli 2020 geplant sind, auszusetzen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.4 Rückerstattung der Kosten für das Topticket im Sommersemester 2020
(GRⁱⁿ Mag.^a Mohsenzada, KPÖ)**

Seit August 2019 können Studierende ein vergünstigtes Semesterticket für den öffentlichen Verkehr, das „Top-Ticket“, um € 150,00 erwerben.

Viele Studierende haben nun aber aufgrund der Corona-Krise das Problem, dass sie Geld für das Sommersemester-Ticket ausgegeben haben, es nun aber nicht nutzen können, da der Universitätsbetrieb bereits wenige Tagen nach Beginn des Sommersemesters eingestellt wurde.

Und das genau in der Zeit, in der viele typische „Studentenjobs“, beispielsweise in der Gastronomie oder im Handel, ebenfalls wegen der Pandemie weggefallen sind und auch noch unklar ist, welche Auswirkungen das alles auf den Bezug von Familien- und Studienbeihilfen haben wird.

Um Studierende finanziell zu entlasten, sollten die Kosten des Toptickets für das Sommersemester 2020 zurückerstattet oder zumindest die Gültigkeit automatisch auf den Zeitraum des kommenden Wintersemesters 2020/21 ausgedehnt werden.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen des Magistrats sowie die Holding Graz werden ersucht, eine für Studierende finanziell entlastende Lösung im Sinne des Motiventextes zu erarbeiten und ehestmöglich umzusetzen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.5 Grazer Aktion für regionale UnternehmerInnen und Produzenten mit Lieferservice – angelehnt an „Regionalkaufen“
(GR. Sikora, KPÖ)**

Die Idee, die eine bekannte Steirische Tageszeitung sein Beginn der Krise bereits in kleinen Teilen steiermarkweit umgesetzt hat, und zwar in Form einer Plattform (#regionalkaufen), wo regionale steirische Betriebe und Unternehmen ihre Waren anbieten können und diese auch den Kunden zustellen, sollte auch die Stadt Graz als öffentliche Institution aufgreifen und umsetzen.

So sollte auf der Stadt Graz-Homepage die Möglichkeit geschaffen werden, dass sich Grazer Betriebe und Unternehmen anmelden können, um ihre Produkte online anzubieten. Bei Betrieben oder Unternehmen ohne Möglichkeiten einer Zustellung sollte die Stadt Graz einspringen und Zustellungen an die BürgerInnen organisieren, z. B. über die Post AG. Das wäre in Zeiten der Krise, wo Grazer Betriebe und Unternehmen vorm Zusperren stehen, da sie keine Kundenfrequenz haben, eine gewaltige große Hilfe, ihre Produkte an die Bürgerinnen und Bürger zu bringen. Millionen von Euro würden so die Grazer Wirtschaft stärken, Betriebe und Unternehmen vor dem Zusperren retten und ausländischen Konzernen nicht die Möglichkeit geben, als Einzige aus der Krise gewaltigen Gewinn zu schlagen. Auch könnte dieses Projekt nachhaltig weitergeführt werden, um regionale Unternehmen und Produzenten auch in der Zukunft zu fördern und die Grazerinnen und Grazer zu animieren, regional einzukaufen. Es muss in diesem Zusammenhang an Presse-Meldungen erinnert werden, denen zufolge allein der Amazon-Konzern binnen 10 Tagen während der Krise um etwa 100 Milliarden Euro an Marktwert zugelegt hat.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen des Magistrats werden höflich ersucht, zu evaluieren und zu prüfen, ob die sofortige Einrichtung einer Plattform für Graz in Anlehnung an

#regionalkaufen mit ausreichender Bewerbung auf der Stadt Graz-Homepage sowie ihrer Bewerbung in den Grazer Tageszeitungen und regionalen Sendern nachhaltig umgesetzt werden kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.6 Trinkbrunnen am Plabutsch nahe des Fürstenstandes (GR. Sikora, KPÖ)

Demnächst beginnt wieder die Wander- und Sportsaison in vollen Zügen, dann werden wieder Menschen in großer Anzahl unsere Naherholungsgebiete bewandern und besporteln. Dass Wandern und Sport ja auch durstig machen, ist hinlänglich bekannt und gerade deshalb wünschen sich schon seit langer Zeit viele BürgerInnen, die am Plabutsch ihren sportlichen Betätigungen nachgehen und am Gipfel des Plabutsches in der Nähe des Fürstenstandes rasten, dass dort ein Trinkbrunnen in unmittelbarer Nähe des dortigen Hydranten errichtet wird.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, auf dem Plabutsch in Nähe des Fürstenstandes beim Hydranten einen Trinkbrunnen errichten zu lassen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.7 Wanderweg über Hubertushöhe in Richtung Plabutsch markieren und beschildern
(GR. Sikora, KPÖ)**

Bereits im Jänner des heurigen Jahres stellte ich den Antrag, noch vor Start der Wandersaison 2020 die ausgeschilderten Wanderwege über die Hubertushöhe in Richtung Plabutsch für die zahlreichen Wanderer uneingeschränkt zur Verfügung zu stellen.

Als einen Spaziergang betitelt die Homepage der Stadt Graz einen bei der Bevölkerung gut angenommenen Wanderweg, beginnend ab Alt-Eggenberg bei der Endhaltestelle der Linie 1 in Richtung Hubertushöhe auf den Bergheurigen Fürstenstand am Plabutsch. Auch ein Hinweisschild beim Annaweg über den Weingartenweg weist den Wanderern die Richtung über die Hubertushöhe zum Plabutsch. Angekommen beim ehemaligen Gasthaus Hubertushöhe wird dem Wanderer jedoch abrupt der weitere Weg zur dortigen Warte und in weiterer Folge zum Fürstenstand am Plabutsch versperrt bzw. erschwert. Trotz Servitutsrecht blockieren hohe Holzstämme unterhalb der Hubertushöhe den Weg auf den Plabutsch. Auf der Homepage der Stadt Graz hingegen wird angegeben, dass dieser Wanderweg ganzjährig betreten und durchquert werden darf. Seit ca. 1 Jahr ist nun auch der Pfad über die Schafweide von privater Seite gesperrt und es muss weitläufig über den Karolinenweg ausgewichen werden. Die einzige Alternative führt über den Weingartenweg unterhalb der Hubertushöhe, jedoch ist diese einzige verbliebene Alternative, um auf den Plabutsch oder zur Kernstockwarte zu gelangen, nicht mit Schildern und Markierungen für Wanderer ausgewiesen.

Im Sinne einer sanften und annähernd naturbelassenen Plabutsch-Erschließung muss nochmals eindringlich darauf hingewiesen werden, dass es nicht nachzuvollziehen ist, dass vorhandene Wanderwege mit Servitutsrecht einfach von privater Seite abgesperrt werden und auch von Seiten der Stadt Graz nicht zusammen mit den Grundeigentümern nach geeigneten Alternativen gesucht wird.

Damit vor der startenden Wandersaison 2020 eine geeignete Lösung herbeigeführt werden kann und damit auch in Zukunft die uneingeschränkte Benutzung der Wanderwege in Richtung Plabutsch wieder ungehindert ermöglicht wird, stelle ich nun namens des KPÖ Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die verantwortlichen Stellen des Magistrats und der Herr Bürgermeister werden höflichst ersucht, an den Österreichischen Alpenverein heranzutreten, damit dieser, wie im Motivenbericht beschrieben, zumindest die einzige verbliebene Alternative, um von der Endhaltestelle der Linie 1 auf den Plabutsch bzw. zur Kernstockwarte zu gelangen, nämlich jene über den Weingartenweg, entsprechend markiert und ausschildert.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.8 Mehr präventive Maßnahmen zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit
(GRⁱⁿ Mag.^a Taberhofer, KPÖ)**

Die derzeitige Krise in Zusammenhang mit dem Coronavirus ist vielfältig und bewirkt gerade jetzt, dass immer mehr Menschen in eine finanzielle Notlage geraten. So ist einerseits die Zahl der Arbeitslosen - wie seit Jahrzehnten nicht mehr - massiv angestiegen und andererseits zeigt sich auch bei vielen Menschen, die derzeit noch eine Arbeit haben, dass es schwierig ist, die Absicherung ihrer Lebenshaltungskosten gewährleisten zu können. Denn unabhängig davon, ob der eigene Betrieb geschlossen werden musste oder Kurzarbeit weniger Einkommen zur Folge hat, die Fixkosten bleiben gleich – Miete, Betriebskosten und Lebensmittel müssen bezahlt werden. Wenn auch in der jetzigen Situation nicht unmittelbar bei Mietschulden die Gefahr

eines Wohnungsverlustes droht und die Beendigung der derzeitigen Krise im Zusammenhang mit dem Coronavirus noch nicht absehbar ist, zeichnet sich ab, dass die herausfordernde Lebenssituation vieler Menschen ein längerfristiges Problem sein wird. Denn bereits jetzt steigt die Anzahl an Menschen, die verunsichert sind und auch Beratung in Anspruch nehmen, aber noch viel mehr Menschen werden zu einem späteren Zeitpunkt entsprechende Hilfestellungen zum Erhalt ihrer Wohnungen benötigen. Deshalb ist aus Sicht der KPÖ die Stadt Graz jetzt gefordert, mehr präventive Maßnahmen zu setzen, um den Stellen, die für Menschen in Not eine verstärkte Beratungstätigkeit anbieten, mit dem Ziel, deren drohenden Wohnungsverlust abzuwenden, auch eine zusätzliche finanzielle Hilfe zukommen zu lassen. Die Ausweitung präventiver Maßnahmen soll zur Risikominimierung drohenden Wohnungsverlusts führen und damit gleichzeitig auch die finanziellen und psychosozialen Folgen von Obdachlosigkeit verhindern.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, mehr präventive Maßnahmen zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit zu setzen, damit bei steigendem Beratungsbedarf eine zu erwartende erhöhte Anzahl von Menschen in einer Notlage, wie zum Beispiel bei Delogierungen bzw. aufgrund eingeleiteter Räumungsverfahren, wirkungsvoll unterstützt werden können, was in Folge auch zur Risikominimierung eines drohenden Wohnungsverlusts beitragen soll.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.9 Meldepflicht für leerstehende Wohnungen
(GRⁱⁿ Zitek, KPÖ)**

Graz ist nach wie vor eine wachsende Stadt, jährlich ziehen etwa 3000 Menschen zu. Der Wohnraum ist allerdings knapp und teuer und gleichzeitig haben wir es mit einer immer stärker werdenden Verbauung zu tun, wodurch auch der Grünraum in der unmittelbaren Wohnumgebung reduziert wird. Die neuen Wohnungen werden jedoch oft als Anlegerwohnungen oder am Bedarf vorbei errichtet, weswegen in Graz viele Wohnungen leer stehen.

Eine Meldepflicht für leerstehende Wohnungen würde einerseits Klarheit über die Zahl und die Gründe des Leerstands mit sich bringen. Andererseits könnten darauf aufbauend gegebenenfalls weiterführende Maßnahmen zur Mobilisierung dieses Wohnraums angedacht werden.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die zuständigen Ämter der Stadt Graz werden ersucht, ein Konzept für eine Meldepflicht bei leerstehenden Wohnungen zu erarbeiten und die notwendigen Gespräche mit den entsprechenden Stellen aufzunehmen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.10 Fehlende Beleuchtung im August-Matthey-Park
(GR DI Sickl, FPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der August-Matthey-Park im Bezirk St. Leonhard, zwischen der Schillerstraße und der Merangasse, ist ein beliebter Platz für Anwohner dieser Gegend. Ein Kinderspielplatz, ein Fußballplatz und diverse weitere Freizeiteinrichtungen machen ihn für Jung und Alt attraktiv. Durch den alten Baumbestand ist er eine grüne Lunge mitten im Bezirk.

Die Durchwegung ist als Verbindung zwischen der Schillerstraße und der Merangasse als direkte Verlängerung der Sparbersbachgasse ebenso sehr beliebt.

Leider ist dieses kleine Naherholungsgebiet ab der Dämmerung durch die fehlende Beleuchtung kaum nutzbar. Es ist sowohl im Park als auch am Weg vollkommen dunkel. Die Anwohner fühlen sich unsicher und haben Angst, die Abkürzung durch den Park zu nehmen.

Ebenfalls ist speziell im Winter der Spielplatz für Familien und Kinder aufgrund der fehlenden Beleuchtung nur sehr eingeschränkt nutzbar.

Der Wunsch nach einer ausreichenden Beleuchtung ist in der Bevölkerung sehr groß, würde den Park und den Weg auch in der Dunkelheit sicherer machen und damit die Zeiten der Nutzung verlängern.

Daher stelle ich namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständige Stelle im Magistrat der Stadt Graz möge den August-Matthey-Park mit einer ausreichenden Beleuchtung ausstatten und so die Nutzbarkeit und das Sicherheitsgefühl der Besucher erhöhen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.11 Beflagung der Straßenbahnen mit CSD-Fahnen (GR Mag. Kuhn, Grüne)

Die Regenbogenfahne, die der amerikanische Künstler und Schwulen-Aktivist Gilbert Baker 1978 entwarf, ist ein weltweit etabliertes Symbol der LGBTIQ-Bewegung. Sie soll ein Symbol für lesbischen und schwulen Stolz darstellen sowie die Vielfalt dieser Lebensweisen.

Das Hissen der Regenbogenfahne an öffentlichen Gebäuden oder Verkehrsmittel ist ein wesentliches Signal für das Sichtbarmachen und die Akzeptanz lesbischswulen/ transgender/ intersexuellen Lebens.

Alle Bezirksratshäuser in Berlin hissen im Juni die Regenbogenflagge, in Amsterdam werden alle Grachtenbrücken im Stadtzentrum mit CSD-Flaggen vor der Parade ausgestattet, die Wiener Linien rüsten ihre Straßenbahnzüge mit Regenbogen-Fahnen aus. Schon seit 2005 werden alle Wiener Trams im Juni für einige Wochen mit CSD-Fahnen geschmückt.

Ab 2020 sollte die quere Sichtbarkeit auch bei den Grazer Straßenbahnen möglich sein. Gerade in diesem Jahr, wo auch im Juni noch keine Großveranstaltungen wie z.B. die

CSD-Paraden stattfinden können, wäre es umso bedeutender, dass Straßenbahnen mit Regenbogenfahnen als sichtbares Symbol ausgestattet werden.

Ich stelle seitens der Grünen – ALG folgenden

Antrag:

Beteiligungsreferent Stadtrat Dr. Günter Riegler wird ersucht, mit der Holding Graz Gespräche hinsichtlich einer Beflaggung aller Straßenbahnen mit Regenbogenfahnen im Zeitraum vom 12.6. - 29.6.2020 zu führen. In diesem Zeitraum hätten die CSD-Paraden in Wien und Graz stattgefunden.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.12 Konkrete Vorschläge für Sitzbänke zum Verweilen im Bereich Annenstraße - Herrengasse bis Kaiser-Josef-Platz
(GR Mag. Kuhn, KPÖ)**

In der Gemeinratssitzung vom 13. Februar 2020 hatte ich einen Antrag für die Aufstellung von Sitzbänken im ganzen Stadtgebiet eingebracht. Der Wunsch nach Konkretisierung wurde an mich herangetragen.

Aus diesem Grund möchte ich meinen im Februar noch vage formulierten Antrag konkretisieren und rege an, dass die Bereiche Annenstraße (vom Hauptbahnhof beginnend), über die Hauptbrücke, Murgasse, Herrengasse, Jakominiplatz, Gleisdorfer Gasse bis zum Kaiser-Josef-Platz überprüft werden, ob und in welchen regelmäßigen Abständen Sitzbänke aufgestellt werden können. In der aktuellen Situation wäre es zusätzlich besonders wichtig, ausreichend Sitzbänke zu haben, um Abstände auch beim Sitzen einhalten zu können.

Daher stelle ich seitens der Grünen – ALG folgenden

Antrag:

Die Abteilung Stadtplanung wird in Zusammenarbeit mit der Abteilung für Grünraum und Gewässer und der Holding Graz ersucht zu prüfen, wo Sitzbänke im Bereich der Annenstraße (beginnend vom Hauptbahnhof) über die Erzherzog-Johann-Brücke, Murgasse, Hauptplatz, Herrengasse, Jakominiplatz, Gleisdorfer Gasse bis zum Kaiser-Josef-Platz) sinnvoll (in diesen Straßenzügen in recht kurzen Abständen) aufgestellt werden können.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.13 Anhebung der Einkommensgrenzen und Aussetzung des Punktesystems für Grazer Gemeindewohnungen
(GRⁱⁿ Wutte, MA, Grüne)**

Bereits vor der Corona-Krise war geplant worden, Besserverdienenden den Zugang zu Gemeindewohnungen zu ermöglichen. So sollte die Einkommensgrenze für eine Person auf 40.800 € Jahreseinkommen angehoben werden, was einem Nettoeinkommen von 2.900 € pro Monat entspricht. Noch schwerer wiegt aber, dass das Punktesystem, das bisher Menschen in prekären Lebenssituationen (beispielsweise sehr schlechte Wohnsituation, Alleinerziehende, Menschen mit Beeinträchtigungen) eine Vorreihung ermöglichte, komplett ausgesetzt werden sollte.

Im Hintergrund dieser Maßnahmen stand, dass Sie, Herr Vizebürgermeister Eustacchio, als eine ihrer ersten Handlungen in dieser Gemeinderatsperiode eine fünfjährige Meldedauer als Voraussetzung für eine Gemeindewohnung festgesetzt haben.

Geflüchtete Menschen können auch nach diesen fünf Jahren keine Gemeindewohnung beantragen. Diese Maßnahme hat dazu geführt, dass binnen kürzester Zeit sogar eine

Leerstandsproblematik in den ohnehin nicht so zahlreichen Grazer Gemeindewohnungen entstanden ist.

Um die leerstehenden Gemeindewohnungen zu füllen, sollten nun also auch Menschen mit höherem Einkommen Zugang bekommen. Argumentiert wurde unter anderem damit, so eine bessere Durchmischung des Gemeindebaus erreichen zu wollen. Ja, eine bessere Durchmischung wollen wir alle parteiübergreifend. Man sollte diese aber nicht durch Ausschluss vieler, die besonders auf eine Gemeindewohnung angewiesen sind, erreichen, sondern durch eine Gemeindewohnbau-Offensive und ein viel größeres Angebot an kommunalen Wohnungen.

Dann nahm die Corona-Krise ihren Lauf. Es ist absehbar, dass durch diese in der Zweiten Republik nie dagewesene, gesundheitliche und in weiterer Folge wirtschaftliche Krise viele Menschen in die Armut rutschen werden. Schon jetzt zeichnen die Arbeitslosen-Zahlen ein erschreckendes Bild.

Doch anstatt die noch nicht beschlossene Anhebung der Einkommensgrenzen und die Aussetzung des Punktesystems angesichts der Lage zu überdenken, wurden diese via Dringlichkeitsverfügung, vorbei am zuständigen Ausschuss, beschlossen. Das ist ein nicht nur sozialpolitisch, sondern auch demokratiepolitisch fatales Signal. Gerade jetzt sind armutsbetroffene und -gefährdete Menschen mehr als jemals zuvor auf leistbaren Wohnraum angewiesen.

Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

Antrag:

Vizebürgermeister Mario Eustacchio als für die Gemeindewohnungen zuständiges Stadtsenatsmitglied und Stadtrat Kurt Hohensinner als für Soziales zuständiges Stadtsenatsmitglied werden ersucht, unter Einbeziehung der Expertise von Sozial- und Wohnungsloseneinrichtungen (Forum Wohnen, BAWO, Caritas, Erfa etc.) umgehend

Maßnahmen zur Bereitstellung leistbaren Wohnraums zu Zeiten der Corona-Krise zu erarbeiten.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.14 Corona-Sonderprogramm für Grazer Kinder und Jugendliche in den Sommerferien
(GRⁱⁿ Mag.^a Bauer, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Corona hat unsere Abläufe und vieles, was uns selbstverständlich ist, stark verändert. Die Schulkinder sind seit 16. März 2020 zu Hause und werden über ihre LehrerInnen primär elektronisch und via Mail mit Aufgaben versorgt bzw. analog mit kopierten Lernunterlagen betreut. Auch die Eltern sind – sofern sie nicht in systemrelevanten Berufen tätig sind – auf Anordnung der Bundesregierung zu Hause verpflichtend im Home-Office, auf Urlaub, auf Kurzarbeit oder auch arbeitslos.

Somit treffen sich mehrere Problemlagen auf einmal: Keine geregelten Lernzeiten, das Lernen zu Hause und das Angewiesensein auf technisches Equipment zu Hause - und dies alles über einen längeren Zeitraum hinweg – droht zu einer weiteren Segregierung im Bildungsbereich und somit zu einer Verstärkung der sozialen Ungleichheit zu führen.

Mit dazu trägt auch bei, dass die Schulen verschiedene Förder- und Unterstützungsleistungen nicht mehr anbieten können. Eine Leopoldina-Studie, des höchsten deutschen Wissenschaftsgremiums hat am 13. April 2020 festgehalten: „Mit dem ‚Shutdown‘ werden drei wesentliche Funktionen der Schule außer Kraft gesetzt:
a) die auf das Lernen bezogene Strukturierung des Alltags,

b) der das Lernen unterstützende und die gesellschaftliche Teilhabe einübende soziale Austausch mit Gleichaltrigen und Lehrkräften,

c) die professionelle Rückmeldung auf Lernfortschritte. Die Krise führt somit insgesamt zu einem Rückgang der Betreuungs-, Lehr- und Lernleistungen. Besonders betroffen sind sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche. So verschärfe das Lernen zu Hause die ohnehin bereits stark ausgeprägte soziale Ungleichheit in der Bildung weiter.“

Besonderer Bedarf wird neben Deutsch und Mathematik vor allem bei Fremdsprachen gesehen.

Weiters sind sehr viele Eltern nunmehr gezwungen, ihren Sommerurlaub nicht wie sonst üblich während der Sommerferien, sondern bereits jetzt zu verbrauchen, was mittelfristig in den Sommermonaten zu einer weiteren Betreuungslücke führen wird. Massiv betroffen sind davon AlleinerzieherInnen.

Die städtischen Ferienprogramme bieten zwar – sofern diese heuer in der Form überhaupt durchgeführt werden können – ausgezeichnete Möglichkeiten, waren aber aufgrund der begrenzten TeilnehmerInnenzahlen schon in den vergangenen Jahren meist innerhalb kürzester Zeit ausgebucht. Was erwarten lässt, dass heuer das Interesse an vergleichbaren Aktivitäten noch weit massiver ausfallen dürfte, wie auch die Nachfrage nach Kinder- und Ferienbetreuung insgesamt in diesen Sommerferien deutlich stärker ausfallen dürfte als in der Vergangenheit.

Gleichzeitig werden viele Studierende fragen, ob sie einen Sommerjob erhalten werden. Auch hier könnte die Stadt für ein vielfältigeres Angebot bspw. im Sport-, Bildungs-, Freizeitbereich sorgen und den Studierenden damit auch Sicherheit für ihren Sommerjob geben.

Somit stellt sich die Frage, wie für die mehr als 24.000 schulpflichtigen Kinder in Graz die Sommerferienzeit ohne den bisher üblichen Rahmen gut, erlebnisreich, für die Eltern unterstützend und leistbar organisiert werden kann.

Angesichts dieser Tatsachen ist die Stadt Graz gefordert,

1. für den Sommer ein breitgefächertes Aktivitäts- und Kreativitätsprogramm für Kinder und Jugendliche zu entwickeln. Ziel muss es sein, in dieser Ausnahmesituation einerseits ein sehr dichtes Angebot an stadteigenen kostenlosen Aktivitäten zu schaffen, zum anderen aber auch durch Kooperationen mit privaten Einrichtungen/Vereinen über Fördermaßnahmen für die Eltern zusätzliche leistbare Ferienangebote zu schaffen;
2. darüber hinaus aber auch Hilfestellungen im schulischen Bereich über den Sommer hinweg anzubieten, idealerweise kostenlose Lernbetreuung/Nachhilfe – via Fernunterricht. Ebenso auch in direkten Lerngruppen - über eine „Sommerschule der Stadt Graz“, um auf diesem Wege vor allem jene Kinder zu unterstützen, die im laufenden Sommersemester aufgrund mangelnder technischer Ausstattung am digitalen Unterricht oder aufgrund sprachlicher Defizite am analogen Unterricht nicht in ausreichender Weise teilnehmen konnten. Dafür bieten sich zB. Kooperationen etwa mit den Hochschülerschaften, Nachhilfe-Plattformen, etc. an.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher nachfolgenden

Antrag:

Der zuständige Familien- und Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner wird aufgefordert, zur Abfederung der Folgen der Corona-Krise für die diesjährigen Sommerferien gemäß Motivenbericht für die Grazer Kinder und Jugendlichen raschest ein umfassendes Maßnahmenpaket zu entwickeln, das eine massive Intensivierung der Ferienbetreuung, der Freizeitangebote und der Lernunterstützung vorsieht, wie dies in dieser Ausnahmesituation erforderlich sein wird.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.15 Mistkübel Klosterwiesgasse
(GR. Mag. (FH) Muhr, MSc, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Entlang der Klosterwiesgasse befinden sich im Bereich von der Grazbachgasse bis zum Jakominigürtel keine Mistkübel mehr. Diese wurden anscheinend in diesem Bereich sukzessive von der Holding Graz demontiert.

Einige Bürgerinnen und Bürger sehen diese Vorgangsweise kritisch, da nun oftmals Mist einfach auf den Gehsteigen oder auf der Straße entsorgt wird.

In diesem Sinne stelle ich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den

Antrag:

Die Holding Graz möge entlang der Klosterwiesgasse die entfernten Mistkübel wieder aufstellen und so für mehr Sauberkeit in diesem Bereich sorgen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.16 ÖV-Versorgung südlicher Teil Triester Straße
(GR. Mag. (FH) Muhr, MSc, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Unterversorgung des ÖV-Angebotes im südlichen Teil der Triester Straße (Gradnerstraße bis Zentrum Feldkirchen bei Graz) ist ein Thema, das betroffene Bürgerinnen und Bürger bei jeder Gelegenheit als Kritikpunkt anbringen.

Obwohl der Punkt „Stadt der kurzen Wege“ in der Mobilitätsstrategie von Graz festgehalten ist, müssen die BewohnerInnen des Bereichs Gaisbacherweg, Brunnfeldweg, Gadollaweg, etc., zum Teil längere Fußwege bis zu den nächstgelegenen Haltestellen bewältigen.

Solche infrastrukturelle Schief lagen tragen natürlich dazu bei, dass Grazerinnen und Grazer lieber ihre eigenen Kraftfahrzeuge benutzen, anstatt auf das Angebot des öffentlichen Verkehrs zurückzugreifen und die Ziele der Mobilitätsstrategie, wie z.B. ein entsprechender Modal-Split, nicht erreicht werden können.

Aus diesem Grund stelle ich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz und die Holding Graz sollen für den Bereich südlich der Triester Straße einen neue ÖV-Verbindung bis zum Zentrum Feldkirchen bei Graz entwickeln und umsetzen – dies auch in Hinblick auf bereits in Planung befindliche Wohnbauprojekte entlang der Triester Straße.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.17 Überdachte Haltestellen Linie 62 - Gradnerstraße
(GR. Mag. (FH) Muhr, MSc, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Zur Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs sind nicht nur ein gut funktionierendes öffentliches Verkehrsnetz und abgestimmte Taktfrequenzen notwendig, sondern auch

eine dazugehörige Infrastruktur, die die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel fördern.

So wurden nun im Zuge der Errichtung des Radwegs entlang der Buslinie 62 in der Gradnerstraße vereinzelt überdachte Haltestellen errichtet. Es ist unverständlich, dass in diesem Zusammenhang entlang der Gradnerstraße im Bereich des neuen Radweges vorweg nicht alle Haltestellen mit einer entsprechenden Überdachung versehen wurden.

In diesem Sinne stelle ich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den

Antrag:

Die Holding Graz möge entlang der Buslinie 62, im Bereich des neuen Radweges, alle Haltestellen, die die Möglichkeit bieten, überdachen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.18 Mobile WC-Anlage Stiftingtalstraße
(GRⁱⁿ Robosch, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Nicht erst seit den Ausgangsbeschränkungen wissen wir, wie wichtig der Erholungsraum am eigenen Wohnort ist. Es ist der Ort, an dem wir uns am meisten aufhalten und uns zurückziehen, wenn es nötig ist.

Umso schwieriger ist es, wenn der eigene Erholungsraum des Wohnortes durch äußere Einflüsse gestört wird, wie es in der Stiftingtalstraße durch eine mobile WC-Anlage der

Holding Graz Linien der Fall ist. Diese WC-Anlage ist leider so ungünstig vor dem Eigenheim platziert, dass für AnrainerInnen ein Problem entstanden ist.

Deshalb stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

Antrag,

die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob besagte mobile WC-Anlage im Sinne der AnrainerInnen um einige Meter versetzt werden kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Öffentliche Gemeinderatssitzung vom 23. April 2020

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet. Bgm. Mag. Nagl schließt die öffentliche Sitzung des Gemeinderates um 17.30 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl

Bürgermeisterstellvertreter
Mag. (FH) Mario Eustacchio

Schriftführer und Schriftprüferin:

Der Schriftführer:
Wolfgang Polz

Die Schriftprüferin:
GRⁱⁿ Tamara Ussner

wörtliches Protokoll erstellt von: Carina Reiter